Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 21

Artikel: Ideologische Begründung der Invasion der CSSR

Autor: Bruderer, Georg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076592

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Georg Bruderer

Ideologische Begründung der Invasion der CSSR

Fünf Wochen benötigten die Kreml-Ideologen, um den Ueberfall gegen die Tschechoslowakei theoretisch begründen zu können. Trotz der monatelangen mehr oder weniger verkappten Hetze der Sowjetpropaganda gegen die reformwilligen, progressiven Kräfte in der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung waren die Parteitheoretiker Moskaus im Zeitpunkt des Ueberfalls mit ihren ideologischen Argumenten nicht bereit. Deshalb benutzte Moskau in den ersten Wochen der Okkupation nur allgemeine, nichtssagende Anklagen gegen die nicht näher bezeichneten «konterrevolutionären Elemente» und machte sich mit der Behauptung lächerlich, irgendwelche tschechoslowakischen Führer hätten um Hilfe gebeten.

Am 26. September veröffentlichte die «Prawda» den Artikel «Die Souveränität und die internationalen Verpflichtungen der sozialistischen Länder» und am 2. Oktober den Artikel «Die Hauptwaffe der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft». In diesen theoretischen Grundsatzartikeln wird nun erstmals der Versuch unternommen, die Invasion der CSSR ideologisch zu begründen. Während im ersten Artikel vorwiegend das Recht auf das Eingreifen als solches begründet wird, werden im zweiten Artikel die einzelnen ideologischen Sünden der tschechoslowakischen Führung aufgezählt.

Abstrakter und klassenbewusster Begriff der Unabhängigkeit

Laut «Prawda» gibt es nur gemäss bürgerlichen Rechtsnormen eine staatliche oder nationale Unabhängigkeit als solche, der Begriff der Unabhängigkeit muss aber klassenbewusst interpretiert werden: «Laut marxistischer Lehre können die Rechtsnormen, darunter auch die Normen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, nicht rein formal, losgetrennt vom allgemeinen Zustand des Klassenkampfes in der heutigen Welt interpretiert werden». Die Zeitung opponiert gegen die Ansicht, dass «... die Aktionen der fünf sozialistischen Staaten den marxistisch-leninistischen Grundsätzen der Souveränität und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen angeblich widersprechen», mit dem Hinweis, dass diese Ansichten «sich auf die abstrakte, nicht klassenbewusste Beurteilung der Frage der Souveränität stützen».

Das ist eine äusserst wichtige Aussage. Man muss sich nämlich fragen, wie eine Zusammenarbeit, ein friedliches Nebeneinanderbestehen zweier Welten überhaupt möglich sein soll, wenn so grundverschiedene Auffassungen vom Recht bestehen. Da «Prawda» von Rechtsnormen schlechthin spricht und die Normen der Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten ausdrücklich nur als einen Einzelfall betrachtet, bedeutet dies, dass die Sowjetunion jederzeit in jeder anderen Frage, also auch in der Frage der Beziehungen zu den nichtkommunistischen Ländern plötzlich sich auf ihre eigene Interpretation der Rechtsnormen berufen kann. Im Falle Tschechoslowakei hat die Sowjetunion klar demonstriert, dass die sogenannte klassenbewusste Deutung der Rechtsnormen, namentlich des Rechtes auf nationale Unabhängigkeit, den Bruch dieser Normen zur Folge hat.

Um der Verselbständigung der kommunistischen Staaten in Osteuropa und den Sonderauffassungen der kommunistischen Parteien im Westen entgegenzutreten, erklärt «Prawda», was eine klassenbewusste Souveränität ist: «Jede kommunistische Partei ist nicht nur ihrem eigenen Volk gegenüber verantwortlich, sondern allen sozialistischen Ländern, der ganzen kommunistischen Bewegung gegenüber.»

Die primäre Bedeutung der internationalen kommunistischen Verpflichtungen war laut «Prawda» beim Entschluss, in der Tschechoslowakei einzugreifen, ausschlaggebend: «In Erfüllung ihrer internationalen Pflicht den Brudervölkern der Tschechoslowakei gegenüber und zur Verteidigung der eigenen sozialistischen Errungenschaften mussten die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten gegen die antisozialistischen Kräfte in der Tschechoslowakei entschieden auftreten.»

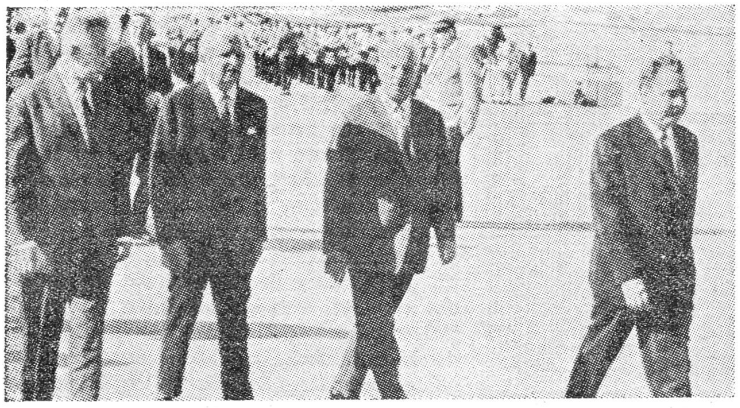
Die Feststellung, dass die Tschechoslowaken selbst angeblich nicht verstehen konnten, was sie angestellt hatten und was ihnen gedroht hatte bedeutet eigentlich eine grenzenlose Geringschätzung und Verachtung dieses Volkes: «Mit maximaler Selbstbeherrschung und Geduld haben die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder während längerer Zeit Massnahmen unternommen, um mit politischen Mitteln dem tschechoslowakischen Volk zu helfen und die Offensive der antisozialistischen Kräfte aufzuhalten. Erst als alle diese Mittel ausgeschöpft worden waren, haben sie die Streitkräfte eingesetzt.»

In diesem ersten Artikel wird die tschechoslowakische Sünde noch nicht präzisiert, es heisst nur, dass die Entwicklung in der CSSR «ein Anschlag auf die wichtigsten Grundsätze des Marxismus-Leninismus» war. Da aber im Gegensatz zu den «Normen des bürgerlichen Rechtes» in jeder Klassengesellschaft «die Gesetze und Rechtsnormen den Gesetzen des Klassenkampfes untergeordnet sind», war die Sowjetunion nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, einzugreifen. Den Höhepunkt des Zynismus erreicht «Prawda», wenn sie schreibt: «Die Hilfe für die Werktätigen seitens der anderen sozialistischen Staaten zur Vorbeugung des Exportes der Konterrevolution von aussen, das ist eine praktische Massnahme im Kampf um die Souveränität der CSSR.»

Abgesehen von dieser ganz im alten stalinistischen Stil vorgetragenen Begründung der Intervention, enthält der «Prawda»-Artikel anschliessend an die Ablehnung des bürgerlichen Begriffes der Rechtsnormen folgende bemerkenswerte Stelle: «Solche Beurteilung der Frage der Souveränität bedeutet, dass die progressiven Kräfte der Welt zum Beispiel gegen die Wiedererstehung des Neonazismus in der BRD nicht auftreten könnten ...» Das ist mehr als eine verbale Drohung der Propaganda. Dieser in einem ideologischen Grundsatzartikel geäusserte Hinweis auf die Ausweitung des Einmischungsrechtes auf andere Länder ist eine sehr ernst zu nehmende Drohung gegen die Bundesrepublik.

Gefährdung des Staates und der Diktatur des Proletariats

In zweiten Artikel geht die «Prawda» auf die einzelnen Abweichungen der tschechoslowakischen Führung ein und nennt zunächst das Bestreben zur Abschaffung der sozialistischen Staatsform: «Einige tschechoslowakische Theoretiker bezeichneten den Kampf gegen den Staatsapparat als die wichtigste Voraussetzung für die Errich-



Der Empfang Svobodas zu den «Verhandlungen» in Moskau nach der Besetzung. Die «Pax sovietica» begann.

ung des ‚neuen Modells' der sozialistischen Gesellschaft». In dieser Beziehung setzt die Zeitung en Aufstand in Ungarn im Jahre 1956 und die Entwicklung in der CSSR gleich: «... sie entwickelten dabei die antileninistische Theorie, wonach für ein Land wie die Tschechoslowakei, mit ihrem hohen Stand der Produktionskräfte und ihrer entwickelten bürgerlichen Demokratie, die Diktatur des Proletariats überhaupt unannehmbar sei». Hier wird auch eine Parallele zur jugoslawischen Theorie einer Zweiphasen-Entwicklung des Sozialismus gezogen: vom «etatistischen Sozialismus» zum wirklichen, humanen Sozialismus» mit seiner vorwiegend lokalen Selbstverwaltung im Gegensatz zur staatlichen Zentralverwaltung. Statt aber zu diskutieren, stellt das Parteiorgan bloss die Behauptung auf: Der sozialistische Staat bleibt auf allen Stufen des kommunistischen Aufbaues bestehen.»

Das ist eine Formel, die schon Stalin immer mit Nachdruck verteidigt hatte, obwohl er grösste Mühe hatte, sie mit der Leninschen These über das Absterben des Staates, wie sie in einem der Hauptwerke Lenins, «Staat und Revolution», dargestellt wird, in Einklang zu bringen. Spätestens seit dem 12. Parteitag der KPdSU im April 1923 ist der Ausdruck «Diktatur des Proletariats» zu einer leeren Phrase geworden, denn an jenem Parteitag wurde eine Resolution angenommen, die auch heute zu den wichtigsten Parteidokumenten zählt, in welcher die Diktatur der Partei offiziell begründet wurde: «Die Diktatur der Arbeiterklasse kann nicht anders verwirklicht werden als in Form der Diktatur ihres Vortrupps, das heisst, der kommunistischen Partei.»

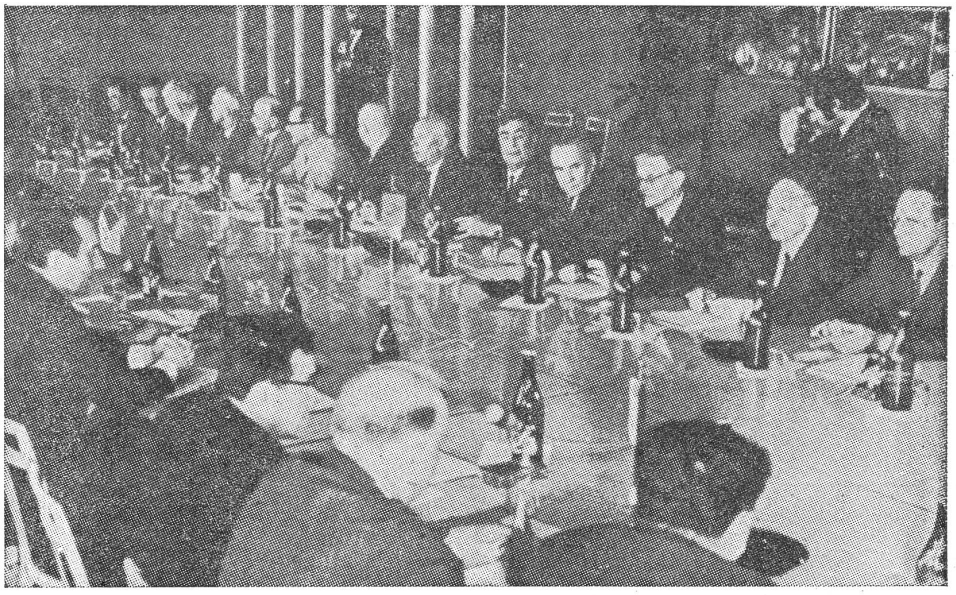
Vernachlässigung der führenden Rolle der kommunistischen Partei

Gemäss «Prawda» wurde in der Tschechoslowakei versucht, «die marxistisch-leninistische Partei von der Führung der Gesellschaft fernzuhalten», was «einen Zusammenbruch des ganzen Staatsmechanismus bedeutet hätte». Den Anspruch auf die Führungsrolle erhebt die kommunistische Partei, weil «sie die höchste Form der Klassenorganisation darstellt und ... ein wissenschaftlich begründetes Programm des Aufbaus der neuen Ordnung besitzt». Diese Begründung ist ebenso dürftig wie leichtfertig, denn jede Partei kann schliesslich von sich behaupten, dass sie die höchste Form der Organisation darstelle, und «wissenschaftlich» waren auch die Theorien und Programme der neuen Ordnung der Nationalsozialisten.

Ideologisch ausserordentlich wichtig ist die Feststellung: «Die führende Rolle der Partei wird mit der Erschwerung der Aufgaben des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus zunehmen». Das erinnert sehr stark an die berühmte These Stalins über die Zunahme der Aufgaben der Partei und der Verschärfung des Klassenkampfes mit dem Fortschreiten zum Kommunismus. Mit dieser These wurde bekanntlich der brutale Terror und die zunehmende Knebelung der Freiheit in der Sowjetunion gerechtfertigt. Auch der nächste Vorwurf an die Adresse der tschechoslowakischen Reformkommunisten bedeutet die Reaktivierung derselben These Stalins.

Verzicht auf Zwangsmassnahmen

Die Revisionisten fordern den Verzicht auf jeglichen Zwang seitens des Staates ... die logische Folge dieser Konzeption war in der CSSR die völlige Aufhebung der Zensur ... die Freiheit der Gründung verschiedener konterrevolutionärer Parteien und Organisationen, zum Beispiel des ‚Klubs 231' und des ‚Klubs der parteilosen Aktivisten'», schreibt «Prawda». Der Sowjetkommunismus gibt damit sein Unvermögen zu, auch in seinem eigenen Machtbereich, durch Ueberzeugung allein den «neuen Menschen» zu schaffen und beweist den reaktionären Charakter seines Establishments, das viel straffere Formen hat als die meisten westlichen staatlichen Einrichtungen. Das folgende Zitat aus dem genannten Artikel sollten jene von unseren Nonkonformisten auswendig lernen, die im sklerotischen, bürokratischen und geistig unbeweglichen Sowjetkommunismus immer noch etwas Revolutionäres erblicken: «Jede Unterschätzung des staatlichen, rechtlichen Einflusses kann unter heutigen Verhältnissen zu einer Schwächung der gesellschaftlichen Ordnung und zur Störung des normalen Lebens der Gesellschaft führen. Die Notwendigkeit dieses Einflusses bleibt während der ganzen Phae des Sozialismus bestehen.»



Die Gespräche von Bratislava: «Mit maximaler Geduld haben die sozialistischen Parteien lange Massnahmen unternommen, um mit politischen Mitteln zu helfen ...»

Vernachlässigung des Prinzips des «demokratischen Zentralismus»

Die tschechoslowakische Führung hat, wie die sowjetischen Partei-Ideologen heute feststellen, gegen einen der wichtigsten Parteigrundsätze verstossen, nämlich gegen das Prinzip des «demokratischen Zentralismus». Dieser Grundsatz war seit den Anfängen der kommunistischen Partei Ursache der heftigsten Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, so zum Beispiel auch die Ursache der 1903 erfolgten Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki. Das Kernstück dieses leninistischen Prinzips bildet die Formel: «Die Freiheit der Kritik ist zulässig, aber nur solange sie die Einheit der bereits beschlossenen Aktionen nicht stört». Damit wird die Intoleranz gegenüber jeder Kritik begründet, welche die Einheit der von der Partei gefassten Beschlüsse gefährdet. Im Endeffekt führt sie dazu, dass der Parteiapparat an Stelle der Partei, das Zentralkomitee an Stelle der Parteiorganisation und dann ein Diktator oder eine Clique an Stelle des Zentralkomitees gesetzt werden. Unter diesen Umständen konnte die Demokratisierung der Partei und die Zulassung der ideologischen und politischen Diskussionen in der Tschechoslowakei von der sowjetischen Führung nicht akzeptiert werden.

Förderung weitgehender wirtschaftlicher Reformen

Die sowjetischen Parteiführer, die oft zu Unrecht als Pragmatiker bezeichnet werden, sind in Wirklichkeit weltfremde Gefangene ihrer eigenen ideologischen Grundsätze. Wären sie wirklich Pragmatiker, so hätten sie vor allem ihr Wirtschaftssystem mit der völlig unrentablen Landwirtschaft und mit der ungenügenden Produktivität der Industrie grundsätzlich geändert. Alle wohlgemeinten Reformbestrebungen, die die sozialistische Wirtschaftsreform in ihren Grundsätzen nicht gefährden, bleiben aber wegen der bürokratischen Unbeweglichkeit des Parteiapparates und der dogmatischen Sturheit der Führung in den Anfängen stecken. Aus dem gleichen Grund wird nun in der «Prawda» dem tschechoslowakischen Wirtschaftsreformer O. Sik und der Parteiführung vorgeworfen, die sozialistische Wirtschaft des Landes untergraben zu wollen, indem die nationalisierten Unternehmen den einzelnen Produktionskollektiven unterstellt, die staatliche Planung weitgehend eingeschränkt und eine Kooperation mit westlichen Unternehmen hergestellt werden sollte. Die CSSR hat sich an das sowjetische Vorbild genau zu halten und keine eigenen Wirtschaftsreformen zu entwickeln, meinen die Schulmeister in Moskau: «Die Grundlagen und Grundsätze der Wirtschaftspolitik eines proletarischen Staates bleiben allen Ländern gemeinsam.»

Die geschilderte eingehende ideologische Auseinandersetzung mit den tschechoslowakischen Reformern bringt eine gewisse Klärung in bezug auf die Hintergründe des sowjetischen Eingreifens in der Tschechoslowakei; sie ist aber gleichzeitig ein unwiderlegbares Armutszeugnis für die Moskauer Dogmatiker. ■